

Mitteilung

öffentlicher Teil

Gremium	Datum
Verkehrsausschuss	20.09.2012

Interessensbekundung der Initiative Metropolregion Rheinland zur Fortschreibung des Bundesverkehrswegeplans

Der aktuelle Bundesverkehrswegeplan (BVWP) hat eine Laufzeit bis 2015. Die Anmeldungen der Vorhaben- und Projektvorschläge für den BVWP läuft formal über die Länder. Die Länder melden ihre Vorschläge für den Infrastrukturausbau dem Bund. Der Bund bewertet die Vorschläge in einem gesetzlich vorgegebenen Bewertungsverfahren und stellt daraus die Ausbaubedarfspläne für die Bereiche Schienenverkehr, Straßenverkehr und Bundeswasserstraßen auf. Das Bundesverkehrsministerium hat das Anmeldeverfahren für den neuen BVWP im Frühjahr 2012 gestartet. In diesem Verfahren werden die Bundesländer und über die Bundesländer die Bezirksregierungen, Gebietskörperschaften und Verbände an der BVWP-Aufstellung beteiligt. Relevanz für den BVWP haben nur Infrastrukturmaßnahmen, für deren Bau und Unterhaltung der Bund nach dem Grundgesetz verantwortlich ist (vgl. Bundesschienenwege: Art. 87e GG, Bundeswasserstraßen: Art. 89 Abs. 2 GG, Bundesfernstraßen: Art. 90 GG).

Die Metropolregion Rheinland ist eine freiwillige Initiative der Kreise und Städte im Rheinland, welche verstärkt über die Gemeinde- und Kreisgrenzen zusammenarbeiten und den Interessen ihrer Region gegenüber Land und Bund mehr Gewicht verleihen wollen. Einer der Schwerpunkte dieser Zusammenarbeit wird der Verkehrsbereich sein, für den eine Arbeitsgruppe gebildet wurde, die z.Zt. von dem Düsseldorfer Verkehrsdezernenten Dr. Keller geleitet wird.

Die Verwaltungen der Städte und Kreise des Rheinlands haben sich auf Initiative Kölns und Düsseldorfs zunächst auf eine Auswahl von 21 Verkehrsprojekten für den neuen Bundesverkehrswegeplan verständigt, die aus Sicht der Beteiligten für die weitere Entwicklung der gesamten Metropolregion eine herausragende Bedeutung haben. Die für die Stadt Köln relevanten Infrastrukturvorhaben sind vollständig in die Vorhabenliste der Initiative Metropolregion Rheinland eingeflossen.

Diese Vorhabenliste wurde anlässlich eines Pressetermins der Oberbürgermeister Kölns und Düsseldorfs am 03.07.2012 in Düsseldorf bereits veröffentlicht; die Projektliste zu den künftigen Verkehrsprojekten des Landes soll voraussichtlich im Oktober anlässlich des nächsten Regiogipfels zwischen den Beteiligten vereinbart werden.

Die Interessensbekundung verfolgt das Ziel, den Entscheidungsträgern beim Bund, beim Land und in den Regionen die dramatisch zunehmenden Verkehrsprobleme des Rheinlands zu verdeutlichen sowie die grundlegenden Ansätze zu ihrer Lösung zu skizzieren. Angesichts der für die nächsten Jahre absehbaren Finanzprobleme ist eine Konzentration auf die wirksamsten und für die Region strategisch bedeutungsvollsten Maßnahmen gefordert.

Die genannten Vorhaben sind vor Ort alle bereits bekannt und öffentlich beraten; sie wurden aber hier erstmals in ihrer Bedeutung für die gesamte Metropolregion betrachtet und quasi mit dem "Gütesiegel" einer besonderen gemeinwirtschaftlichen Bedeutung für das gesamte Rheinland versehen.

Allen Beteiligten an der Erarbeitung dieser Vorhabenliste ist klar, dass eine Interessensbekundung keine förmliche Anmeldung durch die zuständigen Regionalräte und das Land ersetzen kann. Zudem steht es den beteiligten Kreisen und Gemeinden frei, über die Regionalräte weitere örtlich bedeutsame Maßnahmen anzumelden. Um dem nicht vorzugreifen, wurden Bundesstraßen-Projekte wie Ortsumgehungen oder Autobahnzubringer bewusst nicht in die Vorhabenliste der Initiative Metropolregion Rheinland aufgenommen.

Der Verfahrensverlauf zur Aufstellung des Bundesverkehrswegeplans sieht zunächst vor, dass die Regionalräte dem Land bis zum 05.10.2012 Vorschläge für Vorhabenmeldungen im Bereich „Schiene“ unterbreiten können. Die entsprechende Beschlussfassung des Regionalrates ist für den 21.09.2012 vorgesehen. Für Vorschläge in den Bereichen „Straße“ und „Wasserstraße“ liegt noch kein konkreter Zeitrahmen vor.

Die Interessensbekundung der Initiative Metropolregion Rheinland wurde der Bezirksregierung bereits zur Weiterleitung an den Regionalrat übermittelt. Die Kölner Mitglieder des Regionalrates werden gebeten, die dort aufgeführten Maßnahmen prioritär zu vertreten.

Anlagen: Vorhabenmeldungen der Initiative Metropolregion Rheinland
Kurzbeschreibung zu den Vorhabenmeldungen
Übersichtsplan der Infrastrukturvorhaben

gez. Höing